

ausgefüllt werden, dies solle vereinfacht und vereinheitlicht werden, speziell für die medizinischen Antragsteller, die sämtlich über die notwendigen Berechtigungen und Genehmigungen nach der Röntgen- bzw. Strahlenschutzverordnung zur Untersuchung oder Behandlung von Patienten verfügen und im Rahmen der vorgeschriebenen Qualitätssicherung durch die sogenannten „ärztlichen Stellen“ überprüft würden. Unterschiedliche Formblätter zu ein und demselben Vorhaben bei den verschiedenen Bundesoberbehörden sollten einander angeglichen werden. Außerdem müßten die Zeitspannen bis zur Erteilung der Genehmigungen entsprechend den im Arzneimittelgesetz vorgesehenen Zeiträume von längstens 60 Tage verkürzt werden.

Zweitens solle die Prüfung in Bezug auf das Strahlenrisiko bei Gesunden (Probanden) und Kindern zwar in unveränderter Prüftiefe erhalten bleiben, bei klinischen Studien an Patienten jedoch in Abhängigkeit von deren Lebensalter ein vereinfachtes Verfahren angewandt werden:

Lebensalter [Jahre]	von der SSK empfohlener Richtwert [effektive Dosis in mSv]
18 - 40	3
41 - 60	5
> 60	10

Das Lebenszeitrisko bei einer derartigen Strahlenbelastung der Versuchspersonen würde dann nach ICRP 60 (1990) bei etwa 0,05 bis 0,2 Promille liegen (das heißt 5 bis 20 pro 100.000 Probanden stürben vorzeitig nach solcher Strahlenbelastung), meint die SSK und argumentiert, ähnliche Werte habe 1997 die Europäische Kommission für „helfende Personen“ vorgeschlagen, die willentlich und wissentlich zur Untersuchung und Behandlung nahestehender Personen beitragen.

Und drittens bestehe das Problem, daß sich die Versicherungswirtschaft nicht in der Lage sehe, die Versuchspersonen wie vorgeschrieben über einen Zeitraum von 30 Jahren zu versichern. Eine Bereitschaft der Versicherungswirtschaft, den für die Probandenversicherung nach dem Arzneimittelgesetz üblichen Versicherungszeitraum von 5 Jahren im Falle von Strahlenanwendungen auf 10 Jahre zu erhöhen, sei „zwar zu erkennen“, es bleibe aber ein nicht abgedeckter Zeitraum von 20 Jahren bestehen. Einige Bundesländer gäben zwar für an entsprechenden Forschungsvorhaben teilnehmende Universitätseinrichtungen des Landes Freistellungserklärungen ab, damit seien aber die bestehenden Probleme nicht gelöst. Denn zahlreiche Bun-

desländer täten das nicht für ihre Universitätseinrichtungen und andere an medizinischer Forschung Beteiligte, etwa Arztpraxen, seien nicht einbezogen. Deshalb sollten „unverzüglich“ bundeseinheitliche, „den Vorgaben des Arzneimittelgesetzes vergleichbare“ „und dem Risiko angemessene Regelungen“ zur Abdeckung des Versicherungszeitraumes gefunden werden. Die Deutsche Röntgengesellschaft begrüßt diese SSK-Empfehlungen und meint, mit einer zeitnahen Umsetzung würden zwar noch nicht alle Probleme zufriedenstellend gelöst, „aber eine Behinderung der deutschen Forschung“ könne „damit abgebaut und somit der Forschungsstandort Deutschland wieder konkurrenzfähig gemacht werden.“ ●

von vorn beginnen. Strahlentelex hatte berichtet. Die Kosten eine kompletten Neubeginns schätzte Hohlefelder auf drei bis fünf Milliarden Euro, alle bisherigen Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro würden in Frage gestellt. Schacht Konrad bei Salzgitter könne schwach wärmeentwickelnde Abfälle bereits ab 2010 aufnehmen, ein neues Endlager erst in 40 oder 45 Jahren. Zudem müßten neue Zwischenlagerkapazitäten aufgebaut werden, sollten die zur Stilllegung anstehenden Atomreaktoren entsorgt werden müssen. Im Namen der Atomkraftwerksbetreiber lehnte es Hohlefelder ausdrücklich ab, die Verantwortung und die Kosten für die neue Endlagersuche zu übernehmen.

Die Grundsätze der nuklearen Entsorgung bestimmten nicht einzelne Länder oder einzelne Energieversorgungsunternehmen, sondern der Bund, hält das Bundesumweltministerium (BMU) in einer Erklärung dagegen. Dabei gelte wie überall in der Abfallpolitik das Verursacherprinzip, das auch die Finanzierung der Endlagerung bestimme. Die AKW-Betreiber seien demnach verpflichtet, die Kosten für die Suche nach einem Endlager und für den Betrieb eines solchen Endlagers zu übernehmen. Daß ein Konzern, der zudem von Rekordgewinnen berichte, versuche, „sich aus dieser finanziellen Verantwortung zu stehlen und diese Kosten beim Steuerzahler abladen will“, sei nicht akzeptabel. „Völlig abwegig und abstrus“ sei daher die in der Presse aufgegriffene Spekulation über einen „möglichen Deal“, mit dem sich der Bundesumweltminister die Zustimmung der Energieversorgungsunternehmen mit einer Laufzeitverlängerung für ihre AKWs „erkaufen“ könne. Das Verursacherprinzip gelte, die Laufzeitbefristung ebenfalls, da gebe es nichts zu „dealen“, so BMU-Presse Sprecher Michael Schroeren. ●

**Atom Müll**

**Atomwirtschaft wehrt sich gegen die Kosten der Endlagersuche**

**Ein-Endlager-Konzept Trittins als trügerisches Hirngespinnst bezeichnet**

Als „Schimäre“, als trügerisches Hirngespinnst, hat der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder (FDP), das Konzept von Bundesumweltminister Trittin (Grüne) bezeichnet, nur ein einziges Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle errichten zu wollen. Hohlefelder war bis 1994 Leiter der Atomaufsicht, der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, und wechselte von dort zur damaligen Kernkraftsholding VEBA AG. Dort wurde er Generalbevollmächtigter und ist heute als Vorstandsmitglied der E.ON Energie für die Atomkraftwerke zuständig. Das Deutsche Atomforum ist die Werbeorganisation der Atomwirtschaft. Auf der Jahrestagung

Kerntechnik in Düsseldorf forderte Hohlefelder jetzt am 25. Mai 2004, das zur Zeit herrschende Moratorium zu beenden und die seit dreißig Jahren betriebenen Arbeiten an den Endlagerprojekten Gorleben und Konrad fortzusetzen. Dringender Bedarf bestünde insbesondere an einem Endlager für schwach wärmeentwickelnde Abfälle. Hohlefelder kritisierte, daß die Bundesregierung bisher keine Klarheit darüber geschaffen habe, ob sie ihr Ein-Endlager-Konzept noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich festzuschreiben wolle. Nach den Empfehlungen des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) des Bundesumweltministers müßte dann die Endlagersuche